

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 82. Sitzung vom 12. Mai zum Thema: **Siebzehnter Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Jahresbericht 2010)** [Drucksache 16/4080](#)

Andreas Otto (Grüne)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lehmann-Brauns! Ich will noch eine Bemerkung zu dem machen, was Sie zuletzt gesagt haben. Sie haben den Landesbeauftragten aufgefordert, sich hier durchaus auch politisch zu äußern, aber ich weiß nicht, ob das in dem Fall richtig ist. Ich finde, es wäre klüger gewesen, wenn sich der Senat, der nicht zuletzt wesentlich von der SPD gebildet wird, zu dieser Angelegenheit geäußert hätte. Das wäre der bessere Weg gewesen. Er hat ja noch die Chance, das nachzuholen.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Ich möchte im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie das die anderen Kollegen auch gemacht haben, Herrn Gutzeit und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonders danken für das, was sie im Jahr 2010 gemacht haben. Man kann das in dem Bericht nachlesen. Hierzu ist schon einiges gesagt worden. Der Bericht zeigt, dass sich die Anforderungen an Ihre Arbeit wandeln. Sie wandeln sich, aber sie werden nicht weniger. Das ist et-was, was manchen vielleicht sogar verblüfft. Auch im 22. Jahr nach 1989, nach dem Ende der Diktatur in Ostdeutschland brauchen Menschen Beratung und Hilfe, weil die Menschen mit den Folgen des Lebens in der Diktatur bis heute zu kämpfen haben. Da geht es um Rehabilitierung, um Rentenfragen und immer noch um Akteneinsicht. Kollege Hilse hat hierzu Zahlen genannt. Man kommt natürlich zwangsläufig jedes Jahr auf diese grundsätzliche Frage: Wie lange wirkt so etwas nach? Wie lange wirkt es nach, dass man in einem eingemauerten Staat gelebt und Mauer und Stacheldraht gesehen hat? Wie lange wirkt ein Bildungswesen nach, das darauf angelegt war, Meinungsfreiheit und damit letztlich auch Bildung von Kindern und Jugendlichen zu unterdrücken, anstatt zu ermöglichen? – Viele Menschen werden wahrscheinlich bis an ihr Lebensende mit dem zu tun haben, was sie dort erlebt haben und was sie an Repression und Unterdrückung in sehr unterschiedlicher Form und Abstufung erlitten haben.

Herr Gutzeit! Sie schreiben in Ihrem Bericht sehr plastisch über einzelne, jedoch exemplarische Fälle. Auf Seite 7 berichten Sie von einem Mann, der als Kind in ein Kinderheim gekommen ist, weil seine Eltern verhaftet wurden und im Gefängnis saßen. Dieser Mann war damals 14 Jahr alt, und die Verwandten hatten nicht die Chance, ihn aufzunehmen. Die Eltern wurden später in den Westen abgeschoben. Der Vierzehnjährige hat nicht nur während der Zeit, in der die Eltern in Haft waren, in einem Kinderheim verbracht – und das waren keine angenehmen Orte; das kann ich Ihnen versichern –, sondern er musste sich sogar, als die Eltern schon weg waren, noch ein halbes Jahr länger dort aufhalten. Stellen Sie sich das vor! Für uns alle hier ist ein halbes Jahr eine relativ kurze Zeit. Für jemand, der 14 Jahre alt ist, ist das ein wesentlicher Zeitraum seines Lebens. Ich glaube, wenn man solche Geschichten liest, bekommt man auch mit, wie wichtig es ist, dass solchen Menschen geholfen wird.

[Beifall bei den Grünen]

Sie schreiben in dem Bericht darüber noch weiter, dass dieser Mensch ein Rehabilitierungsverfahren angestrengt hat und ihm das Berliner Kammergericht mitgeteilt hat, die Einweisung in ein Heim sei eine Fürsorgemaßnahme und die Tatsache, dass er dort noch ein halbes Jahr länger haben bleiben müssen, liege sicherlich daran, dass er als Vierzehnjähriger keinen Ausreiseantrag gestellt habe. Wer allerdings annimmt, dass in einem Kinderheim der DDR ein Vierzehnjähriger die Chance hatte, einen Ausreiseantrag zu stellen,

der irrt ganz gewaltig. Ich finde, dieser Fall belegt, dass auch die Berliner Richterschaft womöglich noch ein wenig Weiterbildungsbedarf hat, den Sie, Herr Gutzeit, vielleicht abdecken sollten.

[Beifall bei den Grünen]

Ich möchte nun auf dieses Jahr zu sprechen kommen. In dieses Jahr fällt der 50. Jahrestag des Baus der Mauer, und aus diesem Anlass findet eine ganze Menge statt. Wir haben in Berlin auch einige Orte, die sich mit der Mauer beschäftigen. Denken Sie an die Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße! Es ist bedauerlich, dass diese Gedenkstätte nach wie vor nicht ganz fertiggestellt ist. Denken Sie an den erweiterten Mauerbereich: Dort wurden zwischenzeitlich Häuser auf den Mauerstreifen gestellt. Die hat damals das Bezirksamt oder auch einer der Vorgängersenate genehmigt. All solche Dinge sind sehr unschön, und sie zeigen, dass auch wir als Land Berlin diese 20 Jahre noch gar nicht so richtig genutzt haben

[Christian Gaebler (SPD): Dubrau!]

– Ja, Herr Gaebler, Sie können noch! –, um auch die Spuren der Mauer, die wenigen, die noch da sind, zu sichern.

Ein anderes Beispiel, das mir in den letzten Tagen noch mal begegnet ist: Das Haus 1 in der Normannenstraße! Dort hat Erich Mielke residiert. Dieses Haus wird jetzt saniert. Das ist dankenswerterweise durch den Bund übernommen worden. Aber wenn man sich mit der Sanierung dort mal befasst, habe ich das Gefühl, dass vieles, von dem, was dort noch aufgehoben ist – –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto! Ihre Redezeit ist beendet.

Andreas Otto (Grüne):

Ja, ich bin gleich fertig. – Wenn Sie dort hineingehen, sehen Sie Räume, wo noch diese Petschaft an der Tür ist, und es sieht so aus, als ob die Stasi-Leute erst gestern weggegangen sind. Viele dieser Räume werden der Sanierung zum Opfer fallen. Das ist nicht gut.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto! Sie müssen jetzt wirklich zum Schluss kommen!

Andreas Otto (Grüne):

Ich finde, darüber sollte man mit den Denkmalschutzbehörden noch einmal reden. – Da die Redezeit um ist, muss ich aufhören. Herr Gutzeit! Vielen Dank für Ihre Arbeit! Ich glaube, wir werden uns in diesem Jahr auf vielen Veranstaltungen treffen, und ich hoffe, dass Sie auch weiterhin für Bildungsarbeit, für Öffentlichkeitsarbeit und für die Aufarbeitung insgesamt in dieser Stadt stehen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen und der FDP – Beifall von Torsten Hilse (SPD)]